



Datum, 11.05.2022 - Drucksachen Nr.:

Anfrage

XIII/140/2022

Beratungsfolge	Termin	Entscheidungen
Stadtverordnetenversammlung	19.05.2022	

Anfrage der CDU-Fraktion zu den finanziellen Auswirkungen des Krieges in der Ukraine

Sachdarstellung:

Entfällt.

Anfrage:

Die Corona Krise ist noch nicht überwunden und nun erschüttert uns eine weitere. Der Krieg in der Ukraine. Auch hier werden die finanziellen Folgen in den Kommunen und damit auch in der Stadt Neu-Anspach spürbar werden.

Die CDU-Fraktion fragt daher den Magistrat:

- Wann haben der Wirtschaftsförderer und/oder der Bürgermeister Gespräche mit den größten Gewerbesteuerzahlern vor Ort geführt, um die zu erwartenden Steuereinnahmen auszuloten. Um wie viele Unternehmen handelte es sich? Wie wurden diese Informationen in den Haushaltsberatungen berücksichtigt?
- Ist heute schon abzusehen, dass wir in den Jahren 2022/2023 verringerte Einnahmen bei der Gewerbesteuer zu erwarten haben?

Wenn Ja,

- von welcher Höhe müssen wir ausgehen?
- Welche Vorkehrungen hat die Verwaltung getroffen, um Schaden abzuwenden? Welche Auswirkungen hätte ein geringeres Gewerbesteueraufkommen auf die mittelfristige Finanzplanung?
- Wie könnten geringere Steuereinnahmen kompensiert werden?
- Welche Projekte müssten geschoben werden?

Darüber hinaus stellt sich die Frage nach möglichen Gewerbesteuer-Rückzahlungen. Neu-Anspach hatte das Problem vor geraumer Zeit und Wehrheim im letzten Jahr. Auch hier die Frage:

- Ist abzusehen, ob Neu-Anspach mit Gewerbesteuer-Rückzahlungen in nächster Zeit konfrontiert werden könnte?

Nach einem Bericht in der Taunus-Zeitung vom 09.04.2022 kämpft Bad Homburg bereits mit dem Problem und hat bereits entsprechende haushälterische Maßnahmen ergriffen.